

Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1998). *Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 16/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47422>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Parlamentswahlen in der Ukraine 1998

Zusammenfassung

Die zweiten freien Parlamentswahlen in der Ukraine seit der Unabhängigkeit des Landes 1991 fanden am 29. März 1998 statt. Sie waren die ersten seit der Annahme der neuen Verfassung im Juni 1996 und sind somit zur Bewährungsprobe für die ukrainische Demokratie und das Mehrparteiensystem geworden. Ein halbes Jahr vor den Wahlen wurde das ukrainische Wahlsystem geändert. Die Parlamentswahlen 1998 reichten in ihrer Bedeutung über die Neubestellung der Verchovna Rada hinaus. Sie wurden von allen politischen Akteuren als Weichenstellung für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1999 betrachtet.

Das neue Wahlgesetz

Das neue Gesetz "Über die Wahlen der Volksdeputierten der Ukraine" (kurz: Wahlgesetz) wurde am 5. März 1997 mit 232 Stimmen vom Parlament in erster Lesung angenommen.¹ Die notwendige Reform des Wahlsystems wurde aber bis zum Herbst 1997 verzögert. Die hinter dem Präsidenten stehende Abgeordnetengruppe "Verfassungszentrum" und die dem damaligen Premierminister Lazarenko nahestehende Gruppe "Einheit" sowie "Unabhängige" blockierten in der Verchovna Rada das neue Gesetz, weil sie befürchteten, daß das gemischte Wahlsystem den linken Parteien Vorteile bringen würde. Die Bildung einer klaren Parteienmehrheit im Parlament war auch nicht im Interesse des Präsidenten, weil dadurch die Legislative als Ganzes gestärkt würde und imstande wäre, die Verfassung zuungunsten des Präsidenten zu ändern. Der Präsident müßte in diesem Fall einen Kandidaten für das Amt des Premierministers aus den Reihen der parlamentarischen Mehrheit dem Parlament vorschlagen oder nur repräsentative Funktionen ausüben. Gegenüber einem nicht strukturierten Parlament, in dem es keine konstruktive Mehrheit und keinen Fraktionszwang gab und die Abgeordneten sich selbst vertraten und sehr oft ihre politischen Ansichten und Fraktionen wechselten, hatte der Präsident eine bessere Position. Um sie zu erhalten, versuchte Kučma, die nach der Verfassung für März 1998 vorgesehenen Parlamentswahlen um ein Jahr zu verschieben.

Ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen wurde das Wahlgesetz doch noch verabschiedet.² Am 24. September 1997 votierten die Abgeordneten mit einfacher Mehrheit (226 Stimmen) zunächst für das gemischte Wahlsystem und gleich danach mit 230 Stimmen für das Gesetz "Über die Wahlen" als Ganzes.³

¹ Vseukrainskie vedomosti, 8.3.1997, S. 2.

² Holos Ukrainy, 25.10.1997, S. 4-10.

³ Den', 25.9.1997, S. 1.

Dank diesem Wahlgesetz, das erst einen Monat später, am 24. Oktober 1997, vom Präsidenten unterzeichnet und zur Bekanntmachung freigegeben wurde, konnten die Wahlen in einem einzigen Wahlgang durchgeführt werden. Das Wahlgesetz regelte das Wahlsystem neu: Das komplizierte Mehrheitswahlrecht wurde durch ein gemischtes Wahlrecht ersetzt. Es sieht vor, daß die Parlamentsabgeordneten nach dem Mehrheits- und Verhältniswahlrecht zu wählen sind. 50% der 450 Abgeordneten werden nach Parteilisten gewählt, die anderen 50% kommen als Direktkandidaten in den Wahlkreisen ins Parlament. Die zweite prinzipielle Änderung betraf die Wahlbeteiligungsgrenze, die abgeschafft wurde. Das alte Wahlgesetz sah eine Wahlbeteiligung von mindestens 50% vor. Die geringe Wahlbeteiligung hatte dazu geführt, daß das ukrainische Parlament während der gesamten Legislaturperiode (vier Jahre) unvollständig blieb. Um in seinem Wahlkreis gewählt zu werden, braucht ein Kandidat jetzt nicht mehr die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen (50%+1), sondern nur die relative Mehrheit im Vergleich zu seinen Rivalen. Die politischen Parteien und Wahlblöcke müssen vier Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen, um ins Parlament einzuziehen zu können. Um zur Wahl zugelassen zu werden, müssen die einzelnen Kandidaten laut Wahlgesetz 2.000 und die politischen Parteien und Wahlblöcke 200.000 Unterschriften sammeln. Das Gesetz sah ebenfalls vor, daß sich ein Kandidat für die direkte Wahl auch auf die Parteiliste setzen lassen konnte, um so seine Chancen zu vergrößern.

Der Wahlkampf

Seit der Veröffentlichung des Wahlgesetzes in der Zeitung "Holos Ukrainy" am 25. Oktober 1997 galt die Wahlkampagne als eröffnet: Die Parteien und Wahlblöcke durften ihre Wahlkampflisten zusammenstellen. Der Wahlmarathon startete aber inoffiziell schon im Frühjahr 1997, ein Jahr vor den Parlamentswahlen, was zur Belebung der Parteienlandschaft geführt hat. Fast jeden Monat wurden neue Parteien und Parteienkoalitionen gebildet, die oft nur ein Ziel hatten: ins Parlament zu kommen. Im Herbst 1997 waren die zwei Wahlkampagnen (Parlaments- und Präsidentschaftswahlen) zu einer Kampagne verschmolzen, die bis zu den Präsidentschaftswahlen im Oktober 1999 andauern dürfte. Die Parlamentswahlen wurden somit von allen beteiligten Parteien als erste Etappe, als die Generalprobe vor den Präsidentschaftswahlen betrachtet.

Da die politischen Prozesse in der Ukraine in einem hohen Grad personifiziert sind, ging es vor den Wahlen weniger um Inhalte, sondern um persönliche Rivalitäten. Die politischen Parteien in der Ukraine unterscheiden sich nicht nur durch ihre politische Orientierung (Rechte, Linke, prorussisch, prowestlich), sondern in erster Linie durch ihr Verhältnis zum Präsidenten (für oder gegen den Präsidenten). Jeder prominente ukrainische Politiker hat seine "eigene" Partei. Die Parteien werden nicht nach ideologischen Prinzipien, sondern nach dem Prinzip der persönlichen Treue gegründet und spalten sich auch nach diesem Prinzip. Präsident Kučma, der lange ohne "eigene" Partei auskommen und deshalb laviieren mußte, kann sich jetzt auf die VDPU stützen, der auch Premierminister Pustovojtenko angehört. Parlamentsvorsitzender Moroz ist gleichzeitig der Führer der SPU. Ex-Premier Lazarenko ist Chef der Partei "Hromada", die sich als sozialdemokratisch bezeichnet und radikal antipräsidentische Positionen bezieht. Ex-Präsident Kravčuk und Ex-Premier Marčuk, der seine Kandidatur für das Präsidentenamt angemeldet hat, führten die Wahlkampfliste der VSDPU an. Der prominente Reformler und Ex-Vizepremier Pinsenik zog in den Wahlkampf mit der eigenen Partei "Reformen und Ordnung" (PRO). Auch die Präsidentschaftswahlen 1999 werden in erster Linie personenbezogene Wahlen sein.

Sechs Monate vor den Parlamentswahlen gab es bereits zwei linke Wahlblöcke, drei zentristische, je einen christlich-demokratischen, national-demokratischen und rechten Wahlblock. Sie alle waren eher lockere sozial-politische Vereinigungen von Parteien gleicher Orientierung als richtige Wahlblöcke im engeren Sinne des Wortes. Als die einzelnen Parteien-Blockmitglieder begannen, ihre eigenen Parteiwahllisten zusammenzustellen, kam es zu Spannungen und in einigen Fällen zur Blockauflösung (s. "Neue Ukraine" oder "MOST").

Die Zentrale Wahlkommission (ZWK), die am 12. November 1997 vom Parlament ins Leben gerufen wurde, eröffnete offiziell die Wahlkampagne am 14. November. Das Gesetz "Über die ZWK", das die Tätigkeit und Befugnisse der ZWK definiert, wurde infolge des Vetos des Präsidenten und nach

Überarbeitung durch das Parlament aber erst am 17. Dezember 1997 von Kučma unterzeichnet und in Kraft gesetzt.⁴

Die ZWK mußte die Wahlkreise neu aufteilen. Durch das neue Wahlgesetz wurde die Zahl der Wahlkreise halbiert: Aus den 450 Wahlkreisen, die bei den vorherigen Parlamentswahlen existierten, wurden 225 Wahlkreise mit durchschnittlich 171.000 Wählern pro Wahlkreis gebildet. Die Abweichung betrug plus-minus 10%: Der kleinste Wahlkreis zählte nur 153.500, der größte 188.000 Wähler.⁵

Von mehr als 50 politischen Parteien und Vereinigungen hatten 32 politische Parteien und Parteienwahlblöcke bis zum 19. Dezember 1997 (100 Tage vor dem Wahltermin) ihre Wahllisten in der ZWK eingereicht. Die ZWK, die aus 13 Mitgliedern bestand und von Michajlo Rjabec geleitet wurde, ließ 30 Parteien und Wahlblöcke zu den Wahlen zu, die 200.000 Unterschriften (darunter nicht weniger als je 10.000 Unterschriften aus 14 administrativen Einheiten der Ukraine) vorlegen konnten. Zwei Parteien, "Frauen der Ukraine" (FU) und die Partei der Nationalen Rettung (PNR), wurden von der ZWK nicht zur Wahl zugelassen, weil sie beim Sammeln von Unterschriften gegen das Gesetz verstoßen haben sollen. Jede zur Registrierung zugelassene Partei mußte eine Geldsumme (1.000 Mindesteinkommen bzw. 17.000 Hrivna) als Pfand auf das Konto der ZWK überweisen.

Die Kandidatenlisten der Parteien und Wahlblöcke wurden in der Zeitung "Holos Ukrainy" von Dezember 1997 bis Januar 1998, die Wahlprogramme in den Zeitungen "Holos Ukrainy" und "Urjadovyj kur'jer" von Februar bis März 1998 veröffentlicht. Außerdem bekamen die Parteien und Wahlblöcke Gelegenheit, sich im Fernsehen und Radio zu präsentieren. Die Auftrittstermine für die Wahlagitator und die Vorstellung des Wahlprogramms im Ersten Programm des Ukrainischen Fernsehens und Radios wurden per Los vergeben. Die Auslosung bestimmte auch die Reihenfolge der Parteien auf der Wahlliste.

Die 21 Parteien und 9 Wahlblöcke, die zur Wahl angetreten sind, waren:		
Die Linken	1	Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)
	2	Wahlblock der Sozialistischen Partei (SPU) und der Bauernpartei (Seljanska) der Ukraine (BPU) "Für Wahrheit, für Volk, für die Ukraine!"
	3	Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU)
Das linke Zentrum	4	Wahlblock "Werk tätige Ukraine" (WU) (Ukrainische Partei der Gerechtigkeit (UPG) und Bürgerkongreß der Ukraine (BKU))
	5	Partei des Geistigen, Wirtschaftlichen und Sozialen Fortschritts (PGWSF)
	6	Allukrainische Partei der Werk tätigen (APW)
	7	Partei "Union" (PU)
Das Zentrum	8	Volksdemokratische Partei der Ukraine (VDPU)
	9	Wahlblock "Partei der Arbeit (PdA) und Liberale Partei (LPU) – Zusammen"
	10	Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (VSDPU)
	11	Sozialdemokratische Partei der Ukraine (SDPU)
	12	Wahlblock "SLOn – Sozial-Liberale Vereinigung" (SLOn) (Der Interregionale Reformblock (IRB) und die Ukrainische Konstitutionell-Demokratische Partei (UKDP))

⁴ Holos Ukrainy, 10.1.1998, S. 3-5.

⁵ Holos Ukrainy, 19.11.1997, S. 2; 29.11.1997, S. 3-6.

Die 21 Parteien und 9 Wahlblöcke, die zur Wahl angetreten sind, waren:		
	13	Wahlblock "Europäische Wahl der Ukraine" (EWU) (Liberal-Demokratische Partei der Ukraine (LDPU) und Ukrainische Demokratische Bauernpartei (UDBP))
	14	Partei der National-Wirtschaftlichen Entwicklung der Ukraine (PNWE)
	15	Agrarpartei der Ukraine (APU)
	16	Partei der Grünen der Ukraine (PGU)
	17	Partei "Reformen und Ordnung" (PRO)
	18	Partei der Vaterlandsverteidiger (PVV)
	19	Allukrainische Vereinigung "Hromada" (AVH)
	20	Partei der Moslems der Ukraine (PMU)
	21	Allukrainische Partei der Fraueninitiativen (APFI)
	22	Wahlblock der demokratischen Parteien NEP (Narodovladdja, Ekonomika, Porjadok – Volksmacht, Wirtschaft, Ordnung) – Demokratische Partei der Ukraine (DPU) und die Partei der Wirtschaftlichen Wiedergeburt der Ukraine (PWWU)
	23	Partei der Regionalen Wiedergeburt der Ukraine (PRWU)
Die Christlichen Demokraten	24	Christlich-Demokratische Partei der Ukraine (CDPU)
	25	Wahlblock "Vorwärts, Ukraine!" (VU) (Ukrainische Christlich-Demokratische Partei (UCDP) und Partei Christliche Volksunion (PCVU))
Die National-Demokraten	26	Volks-Ruch der Ukraine (VRU)
	27	Ukrainische Republikanische Christliche Partei (URCP)
Die Rechten (Nationalisten) und Ultra-Rechten	28	Wahlblock "Nationale Front" (NF) (Ukrainische Republikanische Partei (URP), Ukrainische Konservative Republikanische Partei (UKRP) und Kongreß der Ukrainischen Nationalisten (KUN))
	29	Wahlblock "Weniger Worte" (WW) Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU) und Allukrainische politische Vereinigung "Staatliche Unabhängigkeit der Ukraine" (SUU)
	30	Ukrainische Nationale Versammlung (UNA)

Ergebnisse

Von den 38,5 Mio. Wahlberechtigten nahmen 26,3 Mio. an den Parlamentswahlen teil. Im Landesdurchschnitt sind das fast 70% (vor vier Jahren lag die Wahlbeteiligung bei etwa 75%). 1,3 Mio. Wähler (oder 5% der Wahlberechtigten) stimmten gegen alle Parteien.

Lediglich 8 Parteien und Wahlblöcke von den 30 zur Wahl angetretenen, haben im Landesdurchschnitt die 4%-Hürde übersprungen. Zwei Parteien (KPU und PSPU) sowie der Wahlblock von SPU-BPU gehören dem linken Lager an. Vier Parteien (VDPU, PGU, AVH und VSDPU) sind zentristisch orientiert. Die VRU vertritt national-demokratische Positionen. Diese Siegerparteien bekamen zusammen 66% der abgegebenen Stimmen. Die restlichen 34% der Stimmen entfielen auf die übrigen 22 Parteien und Wahlblöcke, die es nicht geschafft haben, ins Parlament zu kommen.

Wie erwartet, haben die Parlamentswahlen zur Stärkung der linken Kräfte in der Verchovna Rada geführt. Die vier linken Parteien (KPU, PSPU und der Wahlblock von SPU und BPU) haben zusammen mehr als 37% der abgegebenen Stimmen erhalten. Zur Anhängerschaft dieser Parteien gehören

nicht nur Sowjetnostalgiker, sondern auch Protestwähler, die sich als Verlierer der neuen Entwicklung sehen. Dies sind vor allem ältere Wähler, die aktiv und regelmäßig an den Wahlen teilnehmen.

Die KPU, die nach den Wahlen 1994 über insgesamt 86 Mandate im Parlament verfügte, erreichte im neuen Parlament 123 Mandate (84 über Parteilisten und 38 Direktkandidaten), der Wahlblock der SPU-BPU mit dem Parlamentsvorsitzenden Moroz an der Spitze kam auf 34 Mandate (29 über Parteilisten und 5 Direktkandidaten) und die PSPU auf 16 (14 plus 2). Diese vier linken Parteien erreichten insgesamt 173 Mandate.

Die linkszentristischen Parteien sind mit 4 Direktmandaten im Parlament vertreten: 2 Mandate gewann die prorussische Partei "Union", je 1 Mandat ging an die Ukrainische Partei der Gerechtigkeit (UPG), die zum Wahlblock "Werktätige Ukraine" gehört, und an die Allukrainische Partei der Werktätigen (APW). Summa summarum verfügen die Vertreter der linken Parteien im neuen Parlament über mindestens 177 Sitze (1994: 118).

Das demokratische Lager war im Wahlkampf zersplittert: Die zahlreichen zentristischen Parteien (16 an der Zahl) haben es nicht geschafft, ihre Kräfte zu bündeln und sich auf eine einheitliche Wahlkampfliste zu einigen. Die größte Überraschung dieser Wahl bestand im guten Abschneiden der Partei der Grünen (PGU), die zwar kein einziges Direktmandat gewinnen konnte, aber 5,4% der Stimmen auf Anhieb errang und mit 19 Mandaten zum ersten Mal ins Parlament einzieht. Im Gegensatz zu den Grünen, die zu einer Art Senkrechstarter geworden sind, hat die Volksdemokratische Partei der Ukraine (VDPU) eine schwere Niederlage erlitten. Die als "Partei der Macht" bezeichnete VDPU mit Premierminister Pustovoitenko an der Spitze der Wahlliste kam lediglich auf 5% der Stimmen. Die präsidententreue Partei wird im Parlament über 28 Mandate verfügen (17 über die Parteiliste und 11 Direktmandate). Eine andere zentristische, aber radikal antipräsidentische Partei – die Hromada – hat es trotz der starken und massiven Behinderung seitens der Machtoorgane geschafft, 4,7% der Stimmen zu erreichen und so 16 Listenkandidaten ins Parlament zu bringen. Zusammen mit den 6 eroberten Direktwahlkreisen ist sie mit 22 Abgeordneten in der Verchovna Rada vertreten. Die letzte Partei, die gerade noch die 4%-Hürde genommen hat, ist die Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine (VSDPU) mit Kravčuk und Marčuk auf der Wahlliste. Die VSDPU wird im Parlament mit 17 Abgeordneten vertreten sein (14 über die Parteiliste und 3 Direktkandidaten).

Ebenfalls als zentristisch sind 18 Abgeordnete einzuschätzen, die in ihren direkten Wahlkreisen zwar gesiegt haben, deren Parteien aber die 4%-Hürde nicht überspringen konnten. Dazu gehören in erster Linie 7 Mitglieder der APU, 3 der PRO, 3 der PRWU, je 2 Mitglieder des Wahlblocks "Zusammen" (der LPU und der PdA) und des Wahlblocks NEP (der DPU und der PWU). Der Wahlblock "SLOn" (bestehend aus dem IRB und der UKDP) stellt 1 Abgeordneten. Insgesamt werden die Mitglieder der zentristischen Parteien über 104 Sitze im Parlament verfügen.

Christliche Demokraten haben es nicht geschafft, über Parteilisten in die Verchovna Rada zu kommen. Die CDPU konnte 1 Vertreter ins Parlament bringen. Der Wahlblock "Vorwärts, Ukraine!" (die UCDP mit der PCVU) wird mit 5 Abgeordneten im Parlament vertreten sein. Ruch als national-demokratische Partei verlor in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Popularität und konnte lediglich 9,5% der Stimmen (32 Listenmandate) auf sich vereinigen. Zusammen mit den 14 direkt gewählten Parteimitgliedern hat Ruch im neuen Parlament 46 Sitze.

Von den rechten Parteien konnte keine einzige die 4%-Hürde nehmen. Nur 7 Vertreter der "Nationalen Front" (URP, UKRP und KUN) und 1 der rechtsradikalen SNPU konnten in der Westukraine Direktmandate gewinnen. Das Desaster der Rechten bei diesen Parlamentswahlen wird noch deutlicher im Vergleich zum Wahljahr 1994: Damals hatten die drei rechten Parteien, die heute die "NF" bilden, noch 15 Mandate gewonnen. Die rechtsextreme UNA, die 1994 noch 3 Mandate bekam, ging 1998 leer aus. Insgesamt werden die zentristischen, national-demokratischen, christlich-demokratischen und rechten Parteien über 164 Sitze im Parlament verfügen.

Parteilose Abgeordnete, die auf keiner Partei- bzw. Wahlblockliste standen (d.h. ganz unabhängig auftraten), haben 109 Mandate. Mindestens ein Drittel von diesen Abgeordneten bezieht linke oder linkszentristische Positionen, etwa zwei Drittel können als zentristisch eingeschätzt werden.

Ausblick

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen bestätigten die Tatsache, daß die Ukraine politisch gespalten ist. Genauso wie vor vier Jahren haben die Linken ihre Hochburgen im Osten und Süden, während die national-demokratische Ruch und die Rechten ihre meisten Stimmen in der West- und Zentralukraine holten. Die meistens kleinen zentristischen Parteien (abgesehen von der "Partei der Macht" – der VDPU) konnten in den Regionen nicht richtig Fuß fassen.

Die Bedeutung der Parlamentswahlen für die politische Entwicklung in der Ukraine ist im Vergleich zu den Dumawahlen in Rußland weitaus größer, da das ukrainische Parlament über mehr Vollmachten verfügt als die rußländische Duma. Die Machtkonstellation zwischen Parlament und Präsident hängt im wesentlichen davon ab, welche Mehrheiten in der Verchovna Rada zustande kommen. Noch ist unklar, wie sich die Parteilosen im Parlament verhalten werden. Im wesentlichen hängt es von ihrer Position ab, ob es zu einer Verfassungsänderung kommt. Sollte es zur Bildung einer antipräsidentischen parlamentarischen Mehrheit kommen, könnte unter Umständen eine Verfassungsrevision bevorstehen, was eine Reduzierung der Präsidentenvollmachten zur Folge hätte.

Die Wahlen haben zur deutlichen Stärkung der antipräsidentischen Kräfte im Parlament geführt, was die Position Kučmas wesentlich schwächt. Sollte die Forderung durchgesetzt werden, daß der Premierminister durch das Parlament und nicht den Präsidenten nominiert wird, könnte dies den Übergang der Ukraine vom präsidial-parlamentarischen zum parlamentarisch-präsidialen oder gar rein parlamentarischen System einläuten, in dem der Präsident lediglich repräsentative Funktionen ausüben würde.

Die Stärkung der linken Kräfte im Parlament wird zur Fortsetzung des Machtkampfes zwischen Parlament und Präsident um die Regierung führen. Die Konfrontation zwischen dem neuen und erstarkten Parlament und dem alten und geschwächten Präsidenten kann bis zu den Präsidentschaftswahlen im Oktober 1999 andauern. Antipräsidentisch orientierte Abgeordnete (alle Linken und die Hromada sowie Teile der VSDPU mit Unterstützung der parteilosen Abgeordneten) könnten unter Umständen gemeinsam die Verfassung ändern. Es gibt viele führende Politiker der Ukraine – Moroz, Lazarenko, Marčuk –, die sich für eine Revision der Verfassung, Ernennung des Premierministers durch die Verchovna Rada und eine Reduzierung der Bedeutung des Staatspräsidenten auf die Repräsentation aussprechen.

Das Parlament hat das Recht, die im Oktober 1999 anstehenden Präsidentschaftswahlen auf einen früheren Termin vorzuverlegen. Da mehrere Politiker (unter ihnen Marčuk, Holovatyj, wahrscheinlich auch Lazarenko, Moroz und Simonenko) ihre Ambitionen auf das Präsidentenamt angemeldet haben, erwartet den amtierenden Präsidenten Kučma bei den nächsten Präsidentschaftswahlen scharfe Konkurrenz.

Die Parlamentswahlen 1998 kann man als Protestwahlen gegen Präsident Kučma und seine Regierung bezeichnen. Die antipräsidentischen linken Kräfte (plus Grüne und Hromada) sind zu eindeutigen Protestparteien geworden, da viele Wähler ihnen ihre Stimmen aus Trotz und Verärgerung über die Präsidentenpolitik gaben. Die Wahlen bedeuteten vor allem für den Präsidenten eine schwere Niederlage. Ob er instande sein wird, bis zu den Präsidentschaftswahlen die wirtschaftliche Situation im Land zu verbessern und die Unterstützung in der Bevölkerung wieder zu gewinnen, ist mehr als fraglich. Seine Chancen auf eine Wiederwahl sind nach den Parlamentswahlen gesunken. Waren diese Wahlen der Anfang vom Ende Kučmas? Ist seine Zeit abgelaufen?

Alexander Ott

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071

Der Autor arbeitete von 1996 bis 1998 als Stipendiat der Fritz Thyssen Stiftung im BIOst.
Redaktion: Gerhard Simon